

**HEYNE** <

Günter Ederer, Jahrgang 1941, produzierte über 40 Jahre lang Filme für ARD und ZDF und berichtete aus 62 Ländern mit dem Schwerpunkt Wirtschaft. Sechs Jahre lang war er ZDF-Korrespondent in Tokio. Mit 23 Preisen, darunter der Deutsche Fernsehpreis, der Ludwig-Erhard-Preis für Publizistik und der Deutsch-Französische Journalistenpreis, ist er der meist ausgezeichnete Wirtschaftsjournalist Deutschlands. Seine Bücher waren alle Bestseller. Günter Ederer ist Fellow im Institut Zukunft für die Arbeit und lebt mit seiner Frau bei Bingen/Rhein.

GÜNTER EDERER

**TRÄUM  
WEITER,  
DEUTSCHLAND!**

POLITISCH KORREKT  
GEGEN DIE WAND

WILHELM HEYNE VERLAG  
MÜNCHEN

## ANMERKUNG ZUM REDAKTIONSSCHLUSS

Einige Zahlen für dieses Buch wurden noch im Dezember 2010 auf den aktuellen Stand gebracht. Der eigentliche Redaktionsschluss aber war Ende Oktober 2010. Die Kapitel über die Bevölkerungsentwicklung wurden im Juli und August 2010 geschrieben. Vor der Veröffentlichung der Taschenbuchausgabe im Sommer 2013 wurden Zahlen und Daten ergänzt. Redaktionsschluss: Februar 2013. Die Themen, die dieses Buch beinhaltet, stehen zurzeit im politischen und gesellschaftlichen Mittelpunkt, so dass es während der Endfertigung darüber oft heftige Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit gab. Das trifft besonders auf die Themen Bevölkerungsentwicklung, Einwanderung und Wohlfahrtsstaat zu. Gerade in diesen Bereichen ändern sich die Zahlen fast wöchentlich. Ich habe meine Texte nicht der tagesaktuellen Hysterie angepasst. Diese trägt nur zur Verwirrung und nicht zur Lösung der Fehlentwicklungen in unserem Land bei. Aber die langfristigen Konsequenzen, die sich aus der demografischen Entwicklung und den Schulden ergeben, ändern sich nicht und müssen weder jetzt, zwei Jahre nach dem Ersterscheinen, noch später revidiert werden, weil Politik zwar viel vermag, aber nicht gegen die Mathematik ankommt.



Verlagsgruppe Random FSC® N001967  
Das für dieses Buch verwendete  
FSC®-zertifizierte Papier *Holmen Book Cream*  
liefert Holmen Paper, Hallstavik, Schweden.

Aktualisierte Taschenbuchausgabe 7/2013

Copyright © 2011 by Bastei Lübbe GmbH & Co. KG  
Copyright © 2013 by Wilhelm Heyne Verlag, München,  
in der Verlagsgruppe Random House GmbH  
Printed in Germany 2013

Umschlaggestaltung: Hauptmann & Kompanie  
Satz: Buch-Werkstatt GmbH, Bad Aibling  
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck  
ISBN: 978-3-453-60255-7

[www.heyne.de](http://www.heyne.de)

# INHALT

Vorwort: Auf dem Weg zum Crash? 7

## **Teil 1 FREIHEIT – DIE VERGEWALTIGUNG EINES MENSCHENRECHTS 11**

1. Eindrücke aus einer verwirrten Nation 11
2. Die Relativierung der Freiheit 19
3. Neoliberalismus – Die Kriminalisierung einer großartigen Idee 34
4. Die Finanzkrise – Das große Staatsversagen 51
5. Den Kapitalismus vor den Kapitalisten retten 66

## **Teil 2 DER KONSEQUENTE WEG IN DIE STAATSPLEITE 83**

6. Subventionen – Die Zementierung der Macht 83
7. Staatsknete – Die Erziehung zum Egoisten 100
8. Staatsschulden – Der Charme der Billionen 120
9. Die Sozialkosten – Ein Blick in den Abgrund 130
10. Steuergesetze – Machtinstrumente des Staates 141
11. Ein Lösungsvorschlag – Lastenausgleich statt Staatspleite 161

## **Teil 3 BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG – DIE BRUTALE MACHT DER ZAHLEN 175**

12. Wie viele sind wir eigentlich noch? 175
13. Wir wissen nicht, was wir wollen 186
14. Der Traum vom Einwanderungsland 197
15. Deutschland ohne Deutsche 208

**Teil 4 DER DEUTSCHE UNTERTAN UND SEINE  
STAATSPLEITEN 229**

- 16. Preußen – Einheit statt Freiheit 229
- 17. Die Nationalsozialisten – Machtgier statt Freiheit 243
- 18. Die Daseinsvorsorge – Das verheimlichte Nazi-Erbe 258
- 19. DDR – Gleichheit statt Freiheit 267
- 20. Vom Leben und Wirtschaften im Osten 285

**Teil 5 ALTERNATIVE – FREIHEIT STATT STAAT 301**

- 21. Wer sind wir und warum sind wir so? 301
- 22. Unser Wohlfahrtsstaat – teuer und unsozial 314
- 23. Arbeit statt Almosen 324
- 24. Die Alten – Die Zukunft der Republik 333
- 25. Bildung – Im Würgegriff der Bürokratie 348
- 26. Universitäten – Beute der Besserverdienenden 359

**Teil 6 DIE DEUTSCHE REALITÄT 373**

- 27. Hauptsache: Dagegen 373
- 28. Parteien ohne Volk 389
- 29. Der Abschied der Deutschen – Ein Nachruf 405

Literaturverzeichnis 408

Regelmäßige Veröffentlichungen 409

Über den Autor 411

Auszeichnungen 411

Veröffentlichungen 413

## VORWORT: AUF DEM WEG ZUM CRASH?

Da sind zwei Züge in den Siebzigerjahren auf demselben Gleis losgefahren, die irgendwann in den nächsten 15 Jahren zusammenstoßen werden. Der eine Zug heißt Bevölkerungsentwicklung, der andere Staatsverschuldung.

Mit zunehmendem Tempo steigt die Zahl der Rentner rapide an, und wenn dann die Jahrgänge von 1960 bis 1970, die geburtenstärksten, die es je in Deutschland gab, aus dem Arbeitsleben ausscheiden, fehlen jährlich bis zu 600 000 Menschen, die die Lücken füllen könnten. Im Fünfjahresrhythmus sind es dann drei Millionen Beschäftigte weniger, die Steuern zahlen und die Sozialsysteme finanzieren können. Zahlen, die heute schon unumkehrbar feststehen.

Nicht anders verhält es sich mit dem anderen Zug-Unge-  
tüm, das auf uns zurollt: den unvorstellbaren Schulden, die  
Deutschland angehäuft hat. Mehr als zwei Billionen Euro cash  
und noch einmal sieben Billionen Euro in Gesetzen festge-  
schriebene Ausgaben, für die es keinen Cent Rücklagen gibt.  
Das sind die rasant ansteigenden Kosten für die Beamtenpen-  
sionen, die Rentner, die Krankenkosten und die Pflege, über die  
wir nur ansatzweise diskutieren. Die Milliarden, die Deutsch-  
land für die Euro-Rettung aufbringen muss, können weder von  
den Politikern, noch von den internationalen Finanzexperten  
der Europäischen Zentralbank oder des Internationalen Wäh-  
rungsfonds genau beziffert werden. Ein kollektiver Verdrän-  
gungsmechanismus benebelt Bevölkerung und Politik. Obwohl  
die Zahlen bekannt sind, will kaum jemand wissen, welche  
Konsequenzen sie bedeuten. Es ist wie im Märchen Des Kai-  
sers neue Kleider. Wer laut ruft: »Unser Staat ist pleite«, wird  
von der politisch korrekten Klasse als Miesmacher aussortiert.

Er stört den wohligen Traum, dass alles schon nicht so schlimm kommen wird.

Die Züge werden noch beschleunigt durch die wachsende Staatsgläubigkeit der Deutschen. Dazu zwei Beispiele: Als die weltweite Finanzkrise auch Deutschland erreichte, forderte die Vereinigte Linke die Verstaatlichung der Banken. Dabei waren die dümmsten Käufer der wertlosen US-Finanzderivate die staatseigenen Landesbanken. Es wird also die Verstaatlichung der staatlichen Banken verlangt. Das ist schon ein Fall für den Psychiater. Oder, wann immer die Deutsche Bahn AG durch Pannen und Unfähigkeit auffällt, werden sofort die geplante Privatisierung und die Gewinnmaximierung verantwortlich gemacht. Das geschieht reflexartig, ohne die Fakten überhaupt noch wahrzunehmen. Die Deutsche Bahn AG gehört nämlich zu 100 Prozent der Bundesrepublik Deutschland und wird auf allen Ebenen, von der Spitze bis zum Lokführer, von politisch motivierten Entscheidungen geprägt.

Wie die Lämmer, die ihren Metzger wählen, hoffen immer mehr Deutsche auf die Lösung unserer Probleme durch das Kollektiv, also den Staat. Statt darauf zu drängen, dass jedem Einzelnen möglichst viel Geld von seinem Verdienst bleibt, damit er selbst entscheiden kann, was für ihn gut und richtig ist, haben wir uns eines der kompliziertesten Steuersysteme der Welt zugelegt. Wir übergeben lieber unser Geld dem Staat und lassen dann einen Bürokraten über uns verfügen. Nicht einzelne Entscheidungen von Millionen von Bürgern formen unsere Gesellschaft, sondern einige wenige entscheiden über Millionen. Es dürfte weltweit einmalig sein, dass eine Partei an Zustimmung verliert, weil sie die Staatsausgaben und damit die Steuern senken will.

Dafür haben sich in Deutschland neue moralische, aber sehr schwammige Maßstäbe etabliert. Keine Gesetzesinitiative mehr, die nicht mit den Attributen »umweltverträglich, sozialverträglich und nachhaltig« versehen wird. Das ist dann »politische



Correctness« in Vollendung. Aber diese »politische Correctness«, diese soziale Tyrannei der öffentlichen Herrschaftsmeinung ist nicht nachhaltig: Im Gegenteil, sie beschleunigt die beiden aufeinander zu donnernden Züge. Unser Gesellschaftsmodell der vermarxten, vermurksten Marktwirtschaft kracht an die Wand – unweigerlich. Und spätestens dann wird deutlich, wie unsozial es war und ist. Ob wir durch eine hohe Inflationsrate oder gleich durch eine Währungsreform für die Schulden der verantwortungslosen Jahrzehnte von 1970 an aufkommen müssen, ist ziemlich egal. Die Zeche zahlt vor allem der berühmte »kleine Mann«, der sich nicht absetzen und seine Gelder außer Landes bringen kann.

So ausweglos die Perspektive für die Bundesrepublik Deutschland auch aussieht, in diesem Buch zeige ich Alternativen auf, wie die Züge noch mit einer Vollbremsung zu stoppen wären. Es sind Alternativen, die in anderen Staaten mit Erfolg praktiziert werden. Wir Deutsche müssen also das Rad nicht neu erfinden, sondern einmal von anderen lernen, auch wenn uns das schwerfällt. Hängen wir doch immer noch der Vorstellung nach: »Am deutschen Wesen muss die Welt genesen.« Denn reden wir uns nicht gerade ein, dass wir die »Lokomotive der Weltwirtschaft« sind, die »Retter des Euro«, das »Vorbild für die Rettung des Weltklimas«? Statt sich im Eigenlob zu suhlen, haben alle Lösungsansätze in diesem Buch etwas gemeinsam, das den Deutschen eher fremd ist: Sie verlangen weniger Staat, mehr Wettbewerb, sie verlangen mehr Eigenverantwortung, weniger Gleichheit und vor allem den Mut für ein unabdingbares Bekenntnis zur Freiheit.

Wir haben die Wahl: Weiter so wie bisher mit einem Modell, das die Geburten schrumpfen lässt, weil sich Kinderlosigkeit auszahlt, und das die Schulden wachsen lässt, weil ein allgegenwärtiger Staat vernebelt, wer verantwortlich ist – oder wir setzen auf die individuelle Freiheit, den Motor, welcher der westlichen demokratischen Gesellschaft zum Erfolg verholfen hat.



## TEIL 1

# **FREIHEIT – DIE VERGEWALTIGUNG EINES MENSCHENRECHTS**

### 1. EINDRÜCKE AUS EINER VERWIRRTEN NATION

»Haben Sie einen Tipp, wie ich mein Geld anlegen soll? Wo ist es denn noch sicher?« Diese Frage wurde mir nach der Finanzkrise hundertfach gestellt. Nach jedem Vortrag, jedem Gespräch mit Freunden und Bekannten, wollten alle nur das eine wissen: Wie rette ich mich vor der drohenden Inflation oder – noch schlimmer – der scheinbar unabwendbaren Währungsreform? Tagtäglich hörten die Menschen von den Hunderten Milliarden, die die Banken dieser Welt vernichtet hatten, von Hunderten Milliarden, die die Regierungen als Rettung für die drohende Zahlungsunfähigkeit ganzer Staaten zur Verfügung stellen mussten. Zum ersten Mal schwante den Bürgern unserer Republik, dass es wirklich zu einer Finanzkatastrophe kommen könnte. Die entsprechende Crash-Literatur überschwemmt seither die Buchläden. Angst macht sich breit, die Schuldigen werden gesucht.

Es liegt offenbar in der Natur des Menschen, die eigene Verantwortung zu verdrängen. Das trifft besonders für die Politiker hierzulande zu. Für die Linken und politisch Korrekten in Deutschland sind vor allem die Neoliberalen schuld, ein Begriff, unter dem sie Monopolkapitalismus, Raubtierkapitalis-

mus, Marktwirtschaft, Unternehmertum, globale Weltwirtschaft und was weiß ich sonst noch alles subsumieren. Für die bürgerliche Rechte sind die Schuldigen die Sozialschmarotzer, Gleichmacher, Kommunisten und sonstigen Linken. Doch gemeinsam vergessen alle Parteien, dass sie sich den Staat zur Beute gemacht haben und durch eine hemmungslose Umverteilungsmaschinerie alle transparenten Verantwortungsstrukturen vernichtet haben. Das übertönt die politische Elite mit Wortgetöse, um ihre Untätigkeit zu verschleiern.

Wie wohltuend ist es doch für die Deutschen, dank der Griechenland-Pleite mit dem Finger auf Südeuropa zeigen zu können, wo die sonnenverwöhnten Mittelmeeranrainer unser schönes Geld verjubeln. Die »da unten« hinterziehen Steuern, sie gehen mit spätestens 60 in Rente, sie fälschen Statistiken, kasieren unberechtigt Subventionen aus Brüssel und leben auf unsere Kosten. Ja, das alles stimmt teilweise sogar – nur, das alles stimmt auch für Deutschland.

So sehr wir auch nach Schuldigen suchen, mal die gierigen Banker an der Wall Street, mal die unbekanntenen Bürokraten in Brüssel, mal die unzuverlässigen Mittelmeerstaaten anklagen, es hilft nichts. Denn all unsere Probleme haben wir uns selbst zuzuschreiben. Niemand hat uns gezwungen, einen Schuldenberg von mehr als 2 Billionen Euro anzuhäufen. Niemand hindert uns daran, einen funktionierenden Föderalismus aufzubauen. Niemand hat uns mit Gehirnwäsche die Staatsgläubigkeit so eingebläut, dass wir sie wie eine unheilbare Erbkrankheit kultivieren.

Die Menschen in Deutschland haben allen Grund, sehr nachdenklich zu sein. Die brutalen Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung und Staatsverschuldung sind in keinem Soziologeseminar, auf keiner noch so romantischen grünen Wiese wegzudiskutieren. Mit großer Verbalhektik versucht die Politik, durch noch mehr Staat, noch mehr Umverteilung, den dro-

henden Crash zu vermeiden. Doch was die Parteien als Lösungen anbieten, wirkt nicht als Bremse vor dem Abgrund, sondern eher als Turbolader.

Doch ich bin nicht bereit, in den Chor der Politikerbeschimpfung einzustimmen. Jeden Abgeordneten, jeden Politiker auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene haben wir freiwillig gewählt. In Westdeutschland hat uns weder eine Besatzungsmacht dazu gezwungen, politische Irrläufer wie Honecker oder Mörder wie Mielke per Scheinwahlen zu bestätigen, noch wurden unsere Politiker von überirdischen Mächten eingesetzt. Jeden einzelnen Volksvertreter haben wir mehrheitlich gewollt und gewählt. Wir haben also genau das politische Personal, das dem Willen des Volkes entspricht. Wenn wir trotzdem unzufrieden sind, dann ist das ein Ausdruck von Orientierungslosigkeit. Wir müssen also mit uns selbst unzufrieden und bereit sein, das ganze Ausmaß unserer Finanz- und Gesellschaftskrise als Ergebnis des Versagens aller zu akzeptieren. Aber davon sind wir noch weit entfernt.

Nach einem Vortrag vor den Kunden einer Bank nahm mich der Vorstandsvorsitzende zur Seite und meinte, die Beschreibung unserer Staatsverschuldung und der Konsequenzen für die nächste Generation sei aber sehr negativ ausgefallen. Er habe beobachtet, wie die Besucher förmlich in ihren Stühlen zusammengesackt seien. Dabei hatte ich nur Zahlen über Verschuldung und Bevölkerungsentwicklung vorgetragen, die auch in diesem Buch stehen und ausführlich erläutert werden. Im weiteren Verlauf der Diskussion räumte der Banker ein, dass die Menschen schon längst spürten, dass es so nicht weitergehen könne. In einer seiner Filialen in einer Stadt mit 40 000 Einwohnern hätten seine Privatkunden in einer Woche im April 2010 für eine Million Euro Gold gekauft. Die Menschen wollen zwar nicht hören, wie es um unseren Staat bestellt ist, aber sie versuchen, heimlich, still und leise wenigstens ihr Vermögen in Sicherheit zu bringen.

Das Verschweigen unangenehmer wirtschaftlicher Fakten und die Vernebelung der weltpolitischen Realität mit gutmenschlicher Romantik sind in der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland in politisch korrekten Grundhaltungen festgelegt. Wer in diesem Staat eine herausgehobene einflussreiche Position einnehmen will, muss sich an diese »politische Correctness« halten. Sie betrifft Politiker, Medienvertreter, Intellektuelle, Künstler, Lobbyisten und Unternehmer. Das bedeutet: Die öffentliche Diskussion ist einer Sprachhygiene unterworfen, wird von Sozialkitsch geprägt und unterdrückt so die Meinungsfreiheit. So beschreibt dies der Medienforscher Professor Norbert Bolz von der TU Berlin.

Ein krasses Beispiel lieferte im Oktober 2010 die Fraktion der Grünen mit einer Anfrage an die Bundesregierung: Sie wollte in einem einseitig formulierten Fragenkatalog wissen, ob es die Bundesregierung dulde, dass sich Abgeordnete der CDU und FDP mit einem »Klimaleugner« treffen dürfen. Gemeint war damit der hoch angesehene US-Wissenschaftler Professor Fred Singer, der in seinen Forschungsergebnissen die Sonne, und nicht die Treibhausgase, als Ursache für den Klimawandel benennt. Selbst wer sich jenseits der korrekten Vorgaben informiert, wird mit dem Bannstrahl der politischen Vernichtung bedroht. Herr Sarrazin kann da sicher mitreden.

Dieses Buch nimmt auf »politische Correctness« keine Rücksicht, sondern will auf Widersprüche zwischen den Verlautbarungen und den Realitäten aufmerksam machen. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands beobachte ich einen schleichenden Abbau freiheitlichen Gedankenguts und eine immer stärker werdende Sehnsucht nach mehr Gleichheit. Wie sonst ist es zu verstehen, dass ernsthaft darüber diskutiert werden kann, ob dieses von der Sowjetmacht dominierte Gebilde in Ostdeutschland, das sich DDR nannte, ein Unrechtsstaat gewesen ist? Mord, Schießbefehl, Existenzvernichtung, totale Unterdrückung der Meinungsfreiheit, Reiseverbot – das alles wird

relativiert, weil doch angeblich soziale Gerechtigkeit herrsche. Diese Geschichtsverdrehung wollen uns nicht nur Ex-Mitläufer des Unterdrückungsregimes wie Gregor Gysi und Lothar de Maizière unterjubeln, sondern auch aus dem Westen stammende Spitzenpolitiker wie der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern Erwin Sellering (SPD) und die ehemalige Chefredakteurin des Hessischen Rundfunks, die Linken-MdB Luc Jochimsen. Die Wertvorstellung dieser Verwirrten: Gleichheit – der absolute Wert, dagegen Freiheit als Gefahr für die Gleichheit! So kommt dann der peinliche Spruch zustande: »Es war nicht alles schlecht in der DDR.« Ähnlich argumentierten mir gegenüber meist auch diejenigen, die den Nationalsozialismus relativieren.

Wie »politische Correctness« die Meinungsfreiheit bedroht, zeigt auch Aygül Özkan, Ministerin aus Niedersachsen. Sie forderte, dass der Staat eine Sprachregelung erlassen müsse, wie über die Integration berichtet werden dürfe. Ein massiver Eingriff in das Grundrecht der Pressefreiheit. Eigentlich ein Anlass, diese Ministerin sofort aus dem Verkehr zu ziehen, egal wie sie heißt und woher ihre Familie stammt, ob aus der Lüneburger Heide oder dem anatolischen Hochland. Wird die Rücksicht auf Immigranten so weit getrieben, dass die Grundrechte der Freiheit relativiert werden dürfen?

Die anbietende »politische Correctness« beherrscht auch die Wirtschaft und die Wissenschaft. Professor Hubertus Christ, langjähriger Präsident des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) und Vorstandsvorsitzender des weltweit agierenden Maschinenbauers ZF Friedrichshafen, schrieb im Sommer 2010 einen Artikel für die VDI-Nachrichten, in dem er einen Dialog zwischen den Wissenschaftlern anregt, die unterschiedliche Ergebnisse für die Ursachen des Klimawandels erforscht haben. Seine Warnung: Wenn wir uns weiterhin so einseitig informieren, droht der Wettbewerbsverlust der deutschen Wissenschaft und der deutschen Wirtschaft. Sein Artikel wurde nicht gedruckt!

Ein Mitglied der Leopoldina, der bedeutendsten Institution der deutschen Wissenschaft, beschied ihm, dass eine kontroverse Diskussion über den Klimawandel nur möglich wäre, wenn Professor Schellnhuber vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung zustimmen würde. Deutsche Wissenschaftler fragen also die Frösche, ob der Sumpf trockengelegt werden darf. Aber das trifft auf Wissenschaftler in fast allen Staaten und zu allen Zeiten zu. Sie dienen, egal wer regiert. Im Dritten Reich war sogar Einsteins Relativitätstheorie verpönt. Sie stammte ja von einem Juden.

Keine Lehre hat solch autoritäre Verhaltensweisen ausgelöst wie die Klimadebatte: Die Nachrichtenredaktionen von ARD und ZDF haben beschlossen, dass die »Erkenntnisse der IPCC, also des Weltklimarates« stimmen und berichten deshalb nicht mehr unvoreingenommen über anderslautende Forschungsergebnisse oder Aktivitäten. Einzelne Kritiker an dieser Position dürfen höchstens einmal in einer Phalanx von Grün angehauchten Romantikern ein paar Takte sagen, um dann zum Abschluss freigegeben zu werden. Das grenzt an Unterschlagung von Information aus Staatsräson. Keinem Fernseh- oder Rundfunkrat fällt das überhaupt noch auf.

Der Kanzlerin-Berater Professor Schellnhuber verlangte in einem *Spiegel*-Interview eine »Weiterentwicklung« der Demokratie, die eine Anzahl von Parlamentssitzen für Abgeordnete reservieren soll, die sich nachhaltig um die zukünftigen Generationen kümmern. Ein glatter Verfassungsbruch. Da wird unterstellt, dass eine Demokratie, in der alle Menschen das gleiche Recht haben zu wählen, nicht funktioniert. Schellnhuber fordert da nicht mehr und nicht weniger als die Rückkehr zu einem undemokratischen Ständestaat, in dem früher die Zünfte, und heute dann entsprechend selbst ernannte Gutmenschen die Macht ausüben. Aus solchem Gedankengut hat sich der internationale Faschismus entwickelt. Kein einziger Parlamentarier, geschweige denn die Kanzlerin, fordert einen



Rausschmiss von Schellnhuber oder eine Klarstellung seines Unfugs. Die Klimapredigten dieses Mannes sind gerade politisch korrekt. Deshalb darf er gleich die Grundprinzipien unserer Demokratie in Frage stellen. Da sind die Berufsaufheuler unempfindlich.

»Sind Sie stolz, ein Deutscher zu sein?« Wem wurde diese Frage im In- oder Ausland noch nicht gestellt? Mir fiel als beste Antwort immer der Spruch des ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann ein: »Ich liebe meine Frau.« Ehrlich gesagt, ich habe es eher als Last empfunden, Deutscher zu sein. Ich wurde in diesem Land geboren, ohne mein Zutun, ohne Wahl. Meine Eltern stammen aus Bayern und Hessen, sind also Deutsche, und so bin ich auch einer. Damit habe ich die ganze deutsche Geschichte als Erbe angetreten – und da ich nicht ausgewandert bin, habe ich das Erbe auch nicht ausgeschlagen. Und es ist kein schönes Erbe. Manchmal habe ich zum Beispiel die Schweden, Schweizer oder Dänen beneidet: Kein dröhnender Militarismus, keine Nazis, aber auch keine verklärte Romantik belastet ihre jüngere Vergangenheit. Wer weiß schon, dass die Dänen ganz üble Sklavenhändler gewesen waren? Das ist so lange her, so lange fast wie die Zeit der Dichter und Denker in den vielen deutschen Kleinstaaten. Nein, ich war nie stolz, Deutscher zu sein. Aber ich habe mich auch nicht geschämt. Ich war froh, in der Bundesrepublik aufzuwachsen, einem Staat immerhin, der uns damals als junge Menschen viele Chancen bot. Da wirkten noch die mutigen Reformen von Ludwig Erhard. Es waren die goldenen Jahre für ein geschundenes Land. Und in meiner Schule haben wir am 20. Juli und dann auch am 17. Juni in der Aula Gedenkfeiern für die Opfer der Unterdrückung gestaltet. Der Schulchor sang »Freiheit, die ich meine« und »Die Gedanken sind frei«.

Ich war und bin auch froh darüber, dass sich Deutschland zu seinen Verbrechen bekennt, anders als die Japaner, die sich da-

vor drücken, anders als die Sowjets, die sich auch noch als Befreier feiern lassen. So hatte ich mich mit diesem meinen Staat und meiner Nationalität arrangiert, dachte, ich hätte gelernt, mit jener Erbsünde der Nazi-Verbrechen zu leben, der ich als Deutscher eh nicht entrinnen kann.

Jetzt nehmen meine Zweifel an Deutschland wieder zu. Die freiheitliche Wirtschaftsordnung Ludwig Erhards reduziert sich zunehmend auf eine geschichtlich kurze Periode, die von berufsständischen und staatsbeherrschenden Monopolen abgelöst wird. Argwöhnisch betrachtet ein selbstzufriedenes Bürgertum den technischen Fortschritt. Für ideologische Utopien einer romantischen Umweltreligion aber wird die Basis des Wohlstandes, die westlich demokratische Zivilisation, infrage gestellt. Über allem schwebt das Verlangen nach Gleichheit ohne individuelle Freiheit. Vor diesem Deutschland habe ich Angst und stelle mir oft die Frage, ob es richtig war, das Erbe anzutreten, oder ob es in jungen Jahren nicht doch besser gewesen wäre, es auszuschlagen und auszuwandern.

Angesichts der nicht mehr zu fassenden Staatsverschuldung und der unumkehrbaren Folgen des Geburtenstreiks werden die nächsten zwei Jahrzehnte entscheiden, was aus Deutschland und damit der Mitte Europas wird. Mit dem politischen und gesellschaftlichen Modell, das wir gerade verfolgen, hat das Land keine Zukunft. Sein Versagen ist an der Höhe der Staatsverschuldung abzulesen. Wenn wir so weitermachen, sind der finanzielle und damit auch der geistige Bankrott sicher.

In diesem Buch beschreibe ich, wie im Vorwort angekündigt, die Alternativen. Keine Utopien – lauter in anderen Staaten erfolgreich erprobte Modelle, in denen möglich war, was in Deutschland so schwer durchzusetzen ist: radikal freiheitliche Reformen statt mehr Staat und mehr Gleichheit. Das würde aber auch bedeuten, dass wir uns auf die wenigen und ziemlich erfolglosen Deutschen besinnen, für die Freiheit wichtiger

war, als sich zu ihrem eigenen Vorteil den Fürsten und Diktatoren zu unterwerfen: Freiherr vom Stein zum Beispiel, Philipp Jakob Siebenpfeiffer, Friedrich Hecker und Friedrich Wilhelm von Steuben, Ludwig Bamberger, Otto Wels und Dietrich Bonhoeffer und nicht zuletzt Ludwig Erhard, der aus den Rahmenrichtlinien für den Unterricht von den Kultusministern verbannt worden ist.

Wenn Ihnen die Namen wenig oder nichts sagen, dann wissen Sie auch, wie gering der Stellenwert der Freiheit in unserer Gesellschaft ist. In den Schulbüchern finden sich kriegslüsterne Generäle, reaktionäre Adlige, gleichmacherische Kommunisten und deutsche Machtpolitiker. Die Männer und Frauen, die für Freiheit und Selbstbestimmung kämpften und litten, werden vernachlässigt oder nur dann ausführlich behandelt, wenn es um die Zeit von 1933 bis 1945 geht. Dieses zwiespältige Verhältnis zur Freiheit bedroht unseren Staat, wenn er wieder in heftige wirtschaftliche Turbulenzen kommt.

## 2. DIE RELATIVIERUNG DER FREIHEIT

»Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, dass alle Menschen gleich erschaffen werden, dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten bedacht werden, worunter sind Leben, Freiheit und das Bestreben nach Glückseligkeit.« Am 9. Juli 1776 wurden diese Sätze zum ersten Mal in deutscher Übersetzung gedruckt. Verfasst worden waren sie von Thomas Jefferson in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, der ersten Verfassung weltweit, in der die universellen Menschenrechte als Staatsziel verankert wurden. Jedes amerikanische Schulkind lernt im Geschichtsunterricht, dass Jeffersons Ideale die Grundlagen für die freiheitlichste Nation der Welt sind, die er damit geprägt hat.

Jefferson setzte zuerst in Virginia die strikte Trennung von

Staat und Kirche durch, was in den islamischen Ländern bis heute nicht realisierbar ist. Er gründete die Universität von Virginia. Dort stand zum ersten Mal keine Kirche, sondern eine Bibliothek im Mittelpunkt, und in den Regalen fanden sich die Bände von John Locke, dem englischen Philosophen der Freiheit, und von Baron von Montesquieu, dem französischen Mathematiker und Philosophen, der mit seiner Lehre von der Gewaltentrennung in Legislative, Exekutive und Judikative die Grundlagen für eine moderne Demokratie geschaffen hat.

Wenn wir heute die Unterschiede zwischen dem Islam und der westlich geprägten Welt diskutieren, dann prallen Gegensätze aufeinander, die die Welt ohne die Jefferson'sche Freiheitsverfassung und die moderne Welt nach seiner Verfassung beschreiben. Jefferson prägt das westliche Menschenbild. Dazu gehören: das Recht des Einzelnen auf seine Individualität, auf Eigentum, das Recht auf Religionsfreiheit, aber auch die Trennung von Kirche und Staat.

In den amerikanischen Unabhängigkeitskämpfen gegen die britische aristokratische Kolonialmacht ging es auch um die Befreiung von Zöllen, Handelsbeschränkungen und Steuern, um die Loslösung von willkürlichen Eingriffen in die Besitzrechte und ein Verbot des vererbaren Rechts, das eine Klasse über die andere herrschen lässt. Von den USA ausgehend haben diese Grundrechte einen Siegeszug über die ganze Welt angetreten.

In Deutschland hat es besonders lange gedauert, bis die Menschenrechte auch Verfassungswirklichkeit werden konnten. Das erste Mal wurden sie 1848/49 in der Paulskirche zu Frankfurt in einer deutschen Verfassung festgeschrieben, einem Parlament, das schnell wieder von preußischen Bajonetten niedergestochen wurde. In der Weimarer Verfassung blitzten die Menschenrechte kurzfristig auf und endeten 1933 in einem der blutrünstigsten Regime, die es je auf Erden gegeben hat. Seit 1948 nun versucht erst Westdeutschland und seit 1990 die

ganze Republik, die Verfassung mit Leben zu füllen und politisch zu verwirklichen.

Von der Freiheit, die sich die Amerikaner erkämpft haben, träumen noch immer ganze Völker. Jahrelang war ich davon überzeugt, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis dieser Traum überall erfüllt sein wird. Als ich 1966 anfang, politische Filme für die ARD zu drehen, wurde mehr als die Hälfte Europas von Diktaturen beherrscht: Faschisten unterjochten Portugal, Spanien und Griechenland. Die Türkei taumelte von einem Militärputsch zum nächsten, und mit eiserner Hand kontrollierte die Sowjetunion ganz Osteuropa. In Südamerika durften Militärs im Namen des Antikommunismus ihre Völker drangsaliieren. In Afrika wurden die Kolonialherren mit wenigen Ausnahmen durch korrupte und mörderische Regime ersetzt. In Asien war Japan das einzige Land, das als Demokratie bezeichnet werden konnte. Was war das vor 1970 noch für eine unfreie, trostlose Welt! Wir Journalisten waren mit der Unfreiheit direkt konfrontiert, wenn wir eine Filmerlaubnis beantragten und nur mit vielen Einschränkungen arbeiten durften – wenn wir denn überhaupt ins Land gelassen wurden.

Als ich 1985 meine Korrespondentenstelle in Tokio antrat, gehörten zu meinem Berichtsgebiet die japanische Demokratie, zwei knallharte Militärdiktaturen in Südkorea und Taiwan und eine operettenhafte, aber sehr blutige Diktatur auf den Philippinen. Als ich Tokio 1990 verließ, hatten sich alle diese Staaten in Demokratien verwandelt. In allen vier gab es jetzt auch Presse- und Meinungsfreiheit. In Europa fand ich einen Kontinent, aus dem alle faschistischen und kommunistischen Diktaturen verschwunden waren. Die Sowjetunion befand sich noch in einem Häutungsprozess. In Südamerika hatten die letzten Militärregime abgedankt. Fast überall auf der Welt, außer im Nahen Osten, gab es mehr Freiheit als früher. Und heute? Warum beschleicht mich heute das Gefühl, dass die Freiheit, so wie sie die Väter der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung in ihrer

Verfassung verewigt haben, so wie sie die großen Freiheitsdenker von Immanuel Kant bis Friedrich August von Hayek weiterentwickelt haben, bedroht ist?

In regelmäßig stattfindenden Befragungen nach den Werten in der US-Gesellschaft werden die Grundsätze von Thomas Jefferson mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Die Befragten wissen allerdings nicht, dass die Inhalte der Befragung aus der Unabhängigkeitserklärung stammen. Vor allem die strikte Trennung von Staat und Religion bekäme heute in den USA keine Mehrheit mehr. Das hat sicher auch mit dem amerikanischen Schulsystem zu tun: Da wird Jefferson zwar verehrt, aber nur mit Worthülsen. Die Bedeutung seines Werks wird nicht mehr erklärt.

Seit dem Angriff auf die Türme des World Trade Center in New York nehmen die Übergriffe in den USA auf das Selbstbestimmungsrecht des Individuums zu. Sicherheit vor Freiheit hat Ex-Präsident George W. Bush praktiziert und dadurch dem Ansehen seines Landes mehr Schaden zugefügt als die irren Fanatiker, die den angeblich heiligen Krieg des Islam führen. Die Bush-Regierung hat gegen das eiserne Gesetz einer funktionierenden Demokratie verstoßen: die Gewaltenteilung. Die Gefangenen von Guantánamo wurden nicht nach Gesetzen der Legislative und von unabhängigen Gerichten der Justiz verurteilt und eingesperrt, sondern von der Exekutive – durch einen Verwaltungsakt des Präsidenten. Gegen viele weitere Verfügungen und Gesetze, die nach dem Terroranschlag erlassen wurden, hätte Thomas Jefferson wahrscheinlich eine Revolution ausgerufen. Aber wie die Umfrage zeigt: Der Gründungsvater und mit ihm die US-Verfassung wären heute nicht mehr mehrheitsfähig.

Eine ganz andere Bedrohung der Freiheit geht von den Schwellenländern, allen voran China, aus. Sie zeigen, dass rasantes wirtschaftliches Wachstum auch ohne politische Freiheit möglich ist. Unterdrückung der Meinungsfreiheit, eine weisungs-

gebundene Justiz, eine kleptokratische Bürokratie und ein Verbot der Koalitionsfreiheit bestimmen das Leben der Chinesen. Dafür allerdings hat die Partei die Losung ausgegeben: Werdet reich! Alles, was Geld macht, ist erlaubt. Reich werden als nationale Tat. Das ist so neu, dass sich vor allem die Linken mit China sehr schwer tun. Auf der einen Seite nennt sich die Machtelite von Beijing immer noch »kommunistisch«, doch das Einzige, was sie von Maos Arbeiterparadies übernommen hat, sind die politischen Unterdrückungsmechanismen. Die Gleichheit haben sie komplett über Bord geworfen.

Das chinesische Modell übt natürlich eine große Anziehungskraft auf alle armen Staaten aus. Da schafft es eine Nation in weniger als einer Generation, dem drückenden Elend zu entfliehen. 8 bis 10 Prozent Wachstum jährlich sind die Norm. Was sind dagegen schon Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit wert? Wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand ohne Freiheit: Die Botschaft aus China breitet sich weltweit aus – verspricht sie doch den korrupten Eliten in der Dritten Welt einen Weg, wie sie sich an der Macht halten können. China nervt auch nicht mit Fragen nach Menschenrechten und Pressefreiheit, weder seine Nachbarn Myanmar und Nordkorea noch die Potentaten in Afrika.

Und die lästigen, ständig moralisierenden Europäer? Sie bieten das Modell Gleichheit statt Freiheit. Sie verteilen um: innerhalb der EU, innerhalb der einzelnen Staaten – in Deutschland ist es der Länderfinanzausgleich –, innerhalb der Bevölkerung mit gigantischen Sozialausgaben. Wirtschaftlich ausgedrückt lautet das Ergebnis: hohe Staatsschulden, hohe Arbeitslosigkeit, besonders bei den Jugendlichen, sinkende Löhne für Arbeiter und niedrige Geburtenzahlen, eine aufgeblähte Bürokratie. Was soll daran so attraktiv sein? Die Europäer streben nicht mehr nach einer Gleichheit vor dem Gesetz und einer Gleichheit der Chancen, sondern nach einer Gleichheit für die Lebensbedingungen aller Menschen.

Was aber wird aus einer Welt, in der Freiheit nur noch eine Worthülse ist? Wer sie in China einfordert, ist ein Volksfeind, der eingesperrt wird. Wer in den USA die Trennung von Kirche und Staat verteidigt und die Polizeiübergriffe anprangert, gilt als unamerikanisch oder wird als Muslim verdächtigt. Wer in Europa der Freiheit das Primat vor der Gleichheit auf der Werteskala einräumt, wird als Neoliberaler verleumdet. Diese geistige Verwirrung wird gerade in der Einwanderungsdebatte deutlich. Die Masse der Immigranten kommt nach Europa, weil es hier immer noch wirtschaftliche Perspektiven und mehr Freiheitsrechte gibt als in ihren Heimatländern in Asien und Afrika. Aber sie bringen Lebenserfahrungen und Sitten mit, die unseren Werten entgegenstehen. Die Rolle der Frau und die Bedeutung der Religion im täglichen Leben sind zwei Reibungsflächen, die anscheinend unlösbare Konflikte verursachen. Aber nur, wenn wir Europäer unsere Freiheitswerte selbst relativieren und infrage stellen.

Mühsam sind wir dabei, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu verwirklichen. Dies kann für uns kein verhandelbares Gut sein. Warum aber brauchen wir dann so lange, bis Zwangsheiraten, Kopftuchzwang, Frauenmorde, Vielehen usw. mit allem gebotenen Nachdruck unter Strafe gestellt und verfolgt werden? Die Debatte, ob es sich dabei um religiöse oder traditionelle Verhaltensmuster handelt, ist für die Motivforschung wichtig, nicht für die Strafverfolgung. Jene, die mit Islamisten darüber diskutieren, warum Steinigungen bei Ehebruch erlaubt sein können, wenn sie nicht bei uns, sondern in Pakistan oder Somalia stattfinden, spiegeln einen Liberalismus vor, der nichts anderes ist als scheinheiliges Gutmenschentum. Sie sind Feiglinge.

Ähnlich verwirrt diskutieren unsere Stichwortgeber, die politisch korrekten Talkshow-Damen und -Herren, wenn es um die Religionsfreiheit geht. Die in der Verfassung verankerte Freiheit verlangt, dass die Religionen nicht über den Freiheitsrech-



ten stehen. Niemand will, dass zum Beispiel die römisch-katholische Inquisition wieder das Recht erhält, ihre Moral- und Religionsansichten durchsetzen zu können. Aber ich will auch nicht, dass der Islam, der noch nicht durch eine freiheitliche Revolution aus dem Staatsleben herausgedrängt und in die Moscheen verbannt wurde, jetzt mit all seiner Intoleranz unsere Freiheitswerte einschränken kann.

Es mag geschmacklos sein, wenn Karikaturen religiöse Symbole benutzen, egal ob es sich um ein Kreuz oder den Koran handelt, aber wir können es nicht dulden, dass daraufhin eine Fatwa, ein religiöses Urteil, gesprochen wird, das die Betroffenen sogar mit dem Tode bedroht. Moscheen zum Beten werden durch unser Grundgesetz geschützt – Moscheen, die als Zentren der Intoleranz und Einschüchterung missbraucht werden, gehören verboten. Sie erfüllen den Tatbestand der Volksverhetzung. Muslime, die in Europa, die in Deutschland leben wollen, müssen unsere Werteskala akzeptieren. Sie ist nachzulesen in unserem Grundgesetz, sie ist formuliert in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. Aber wir können diesen Anspruch nur erheben, wenn wir selbst noch an Freiheit und Gewaltenteilung glauben und sie verteidigen. Und genau daran hapert es eben. Dazu kommt, dass die Nationalstaaten sich in internationalen Verträgen gebunden haben, die ihre Souveränität einschränken.

Dem einzelnen, an Politik nicht sonderlich interessierten Bürger kann ich schwerlich einen Vorwurf machen, dass er sich kaum noch dafür interessiert, wie seine Freiheitsrechte immer weiter eingeschränkt werden. Er hat den Überblick verloren. Wer von uns weiß denn noch, wer für ihn zuständig ist, wer seine direkten Lebensumstände bestimmt: Seine Gemeinde, sein Bundesland, die Regierung in Berlin oder die europäische Zentrale in Brüssel? Schließlich unterwerfen wir uns auch den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen. Und welchen Einfluss hat da noch der einzelne Bürger? Er fühlt sich vor al-

lem hilflos. Bei den Wahlen darf er seine Stimme für Parteien abgeben, die sich in ihren nichtssagenden Versprechungen weitgehend ähneln. Und nach der Wahl muss er seit Jahrzehnten feststellen, dass die Gewählten dann doch machen, was sie wollen – und nicht, was sie versprochen haben.

Fangen wir mit der Kommune an. Die Wahlbeteiligungen für Gemeinderäte und Bürgermeister ist je nach Region schon unter 50 Prozent gesunken. Ein Armutszeugnis für eine Demokratie. Aber was entscheidet der Bürger noch mit seiner Wahl? Jedes Bundesland hat seine eigenen kommunalen Regeln entwickelt. In Niedersachsen gibt es Samtgemeinden, in Rheinland-Pfalz Verbandsgemeinden, in Hessen Großgemeinden usw. Pleite sind sie mehr oder weniger alle. Ihre Befugnisse, und die des Ortsbürgermeisters, sind überall unterschiedlich festgelegt. Aber im Zweifelsfall haben sie alle gar nichts mehr zu sagen: Der Landkreis ist zuständig. Je nach Verschuldung haben sie das Haushaltsrecht verloren, und eine übergeordnete Behörde teilt mit, was sie noch dürfen und was nicht.

Doch die meisten Gesetze und Verordnungen, die unser tägliches Leben betreffen, kommen schon aus Brüssel: zum Beispiel das Glühlampenverbot, die Handytarife, die EC-Kartengebühren, die Abgasnormen. Auch die Richtlinie zur Haushuhn-Hofhaltung, die besagt, dass jederzeit 25 Lux Licht, zu messen auf Augenhöhe des Huhns, vorhanden sein müssen, und dass Hühner nicht zur Legezeit gefüttert werden sollen, weil dann ein Motivationskonflikt entstehen kann, ob das Huhn erst fressen und dann das Ei legen soll oder andersherum.

Das neue Europa wird nicht von den Bürgern ausgehend aufgebaut, sondern ist einer undurchschaubaren Bürokratie unterworfen. Dahinter können sich dann die einzelnen Regierungen verstecken. Sie drücken ein Gesetz in Brüssel durch, wie zum Beispiel die Deutschen die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, und machen dann Brüssel dafür verantwortlich, wenn die Kosten beim Straßenbau explodieren. Das ist die negative Seite Brüs-

sels. Positiv ist, dass Brüssel Deutschland zwingt, seine wettbewerbsfeindlichen Wirtschaftsgesetze zu verändern und Märkte zu öffnen, die sonst immer unter der »Daseinsvorsorge« (siehe Kapitel 18) dahingeschimmelt wären.

Lediglich die Wahl zum Europaparlament räumt einen Hauch von Mitbestimmung ein. Doch wesentliche Fragen, wie die Einführung des Euro oder die Mitgliedschaft der Türkei, werden dem Volk zur Abstimmung nicht vorgelegt. Die Bevormundung durch die eigene Regierung beschädigt die großartige Idee von Europa. Seine Völkervielfalt macht seine Faszination aus, nicht das Kleingedruckte auf einer Verpackung, auch nicht eine Gesetzesharmonisierung, die selbst in den USA für die Bundesstaaten nicht vorhanden ist.

Als weiterer Vormund tauchen zunehmend die Vereinten Nationen auf. In Brasilia tagte die UNESCO, die UN-Kulturbehörde, darüber, ob der Bau einer Brücke über den Rhein bei der Loreley akzeptiert wird, weil das Rheintal doch ein Weltkulturerbe ist. Das klingt bombastisch. In Wirklichkeit sitzen aber in Bonn angestellte Beamte, die das UNESCO-Weltkulturgremium mit Argumenten bestücken. Was mit dem Attribut UN versehen wird, wird gleichgesetzt mit Weltregierung, moralischem Anspruch, mit Fortschritt für die Menschenrechte. Auch dahinter verstecken sich die Regierungen gerne.

Doch die Realität ist eher erschreckend verlogen. Blutige Bürgerkriege in Arabien, Afrika und Asien, Drogenkriege in Südamerika, die Unterdrückung von nationalen Minderheiten in Staaten aller Kontinente. Aber der Konferenztourismus der UN und ihrer Organisationen geht ungebrochen weiter, deklariert Menschenrechte, um sich aber auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu berufen, wenn die UN es vorziehen, dem Abschlachten der Menschen in vielen Staaten lieber zuzusehen, als zu handeln. Was können wir denn anders erwarten, wenn Sie sich die UN-Gremien von 2007 ansehen?

- In der UN-Abrüstungskommission sitzt der Iran als Vizevorsitzender, Syrien als Berichterstatter.
- Im Informationskomitee sind China und Kasachstan vertreten.
- Nordkorea ist Mitglied der Kommission für soziale Entwicklung.
- Zur Kommission zur Verbrechensvorbeugung und Kriminalgerichtsbarkeit gehören Russland und Libyen.
- In der Internationalen Arbeitsorganisation gehört Saudi-Arabien dem Führungsgremium an.
- Bei der UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, sind China und Bhutan Mitglieder des Vorstands.
- Simbabwe wurde zum Vorsitz der Kommission für Nachhaltige Entwicklung gewählt.
- Und schließlich noch Weißrussland, das den zweiten Vorsitzenden im Ausschuss für soziale, humanitäre und kulturelle Angelegenheiten stellt.

Die Liste ist nicht vollständig. Aber diese diplomatischen Heucheleien spiegeln die heutigen Konflikte wider. Solange es die UN gibt, werden wir mit solchen Widersprüchen leben müssen. Aber wir sollten die UN nicht mit einem moralischen Heiligenschein umgeben, den sie nicht hat. Die Widersprüche sind jenes Quantum an Heuchelei, auf die die Weltgemeinschaft Anspruch hat, damit nicht noch schlimmere Konflikte den Globus heimsuchen. Aber es kann nicht im Interesse der Menschheit liegen, wenn wir über all die mörderischen Regime, all die autoritären Regierungen den Mantel des Schweigens hüllen, damit die Partys der Diplomaten nicht gestört werden. Vor lauter Ritualen verlieren die Konferenzpolitiker schon mal den Überblick und vergessen, wem sie da alles die Hände schütteln müssen. So kann es dann auch passieren, dass der damalige deutsche Kanzler Gerhard Schröder den russischen Herrscher Wladimir Putin einen lupenreinen Demokraten nennt.

Zunehmend entwickeln sich die Vereinten Nationen nicht zu einer Organisation, die die Menschenrechte schützt und fördert, sondern die Begriffe Freiheit und Menschenrechte umdefiniert. Immer öfter versucht die UN in ihren Stellungnahmen und Konferenzen, für das Elend in der Welt die Regierungen demokratischer Staaten und den »Kapitalismus« verantwortlich zu machen. Sie verlangt zu Recht Standards für die Arbeitswelt und für die Umwelt, zu den Menschenrechten zählt sie den Zugang zu sauberem Wasser, medizinischer Versorgung, Bildung und freier Entfaltung. Aber Mitgliedstaaten, die ihre Bürger wie Sklaven halten, die freie Gewerkschaften verbieten, ineffiziente Planwirtschaft betreiben, Menschen aus ihren Siedlungsgebieten vertreiben, die Konzentrationslager zur Umerziehung bauen, die mehr für ihr Militär ausgeben als für Bildung – all diese Staaten sitzen in den UN-Gremien und machen die westlichen Demokratien für das Elend in ihren Ländern verantwortlich. Gleichzeitig verbieten sie sich aber jede Einmischung, weil dies gegen ihre nationale Souveränität verstößt.

Die westlichen Demokratien werden den Unterdrückten dieser Welt nicht helfen, wenn sie diese Terminologie übernehmen. Der Kampf, wie ihn sozialistische und nationalistische Staaten gegen einen freien und fairen Welthandel führen, sichert den korrupten Herrschern der Dritten Welt internationale Aufmerksamkeit. Und die wiederum nutzen sie, um weltweite Transferzahlungen und Zölle zu fordern. Davon lernt kein Kind in Afrika lesen und schreiben, davon wird kein Dorfbewohner in Mittelamerika satt.

Die staatlich organisierte Umverteilung, die auf nationaler Ebene nicht funktioniert, funktioniert erst recht nicht weltweit. Globale Regeln, wie sie zum Beispiel von Attac gefordert werden, würden mit einer Flut von Bestimmungen die Weltwirtschaft lähmen – mit furchtbaren Konsequenzen für die Armen dieser Welt, weil Innovation und Wachstum praktisch zum Erliegen kämen. Die Hungerstaaten dieser Welt leiden nicht an zu

großen kapitalistischen Freiheiten, sondern genau am Gegenteil: an Regierungen, die die Wirtschaft unterdrücken und sie für ihre Zwecke ausbeuten. Es sind Regierungen, die Privateigentum nicht respektieren und damit die Kraft, die von der individuellen Freiheit des Einzelnen ausgeht, nicht nutzen können. Indiens Wirtschaft hat mit ihrem stürmischen Wachstum zum Beispiel erst begonnen, als sich der Staat von der sozialistischen Planwirtschaft verabschiedete. In China ist der Wohlstand regelrecht explodiert, nachdem Deng Xiaoping Privatbesitz und Marktwirtschaft erlaubte.

Hier sei eine Zwischenbemerkung erlaubt: Die gleichen 68er-Studenten und politischen Anhängsel, die mit dem roten Mao-Büchlein demonstrierten, während in der Volksrepublik Millionen Menschen verhungerten und während der Kulturrevolution ermordet wurden, die gleichen gesetzten Herren, die heute den wirtschaftlichen Erfolg ihres Marsches durch die Institutionen genießen, klagen jetzt die Umweltzerstörung in China an und den großen Unterschied zwischen Arm und Reich. Dabei bemüht sich China seit einigen Jahren mit einem gewaltigen Kraftakt, das Land wieder aufzuforsten, nachdem Mao es bis auf 4 Prozent seines ehemaligen Waldbestandes hat abholzen lassen.

Die große Koalition, die heutzutage die Berichterstattung prägt, die Aktivisten von Greenpeace bis Attac zum Beispiel, lassen sich von Fakten selten irre machen. Sie bombardieren mit ihren Thesen die Öffentlichkeit so lange, bis diese zu einer Realität mutieren. Sie halten keine Mahnwachen vor der Botschaft des Sudan, der einen Teil seiner Bevölkerung abschlachten lässt – bis zu 300 000 Opfer sollen es mittlerweile sein –, sie sammeln auch nicht für die Flüchtlinge aus Simbabwe, die vor Hungertod und physischer Vernichtung fliehen, sie klagen nicht vor Touristenbüros die Urlauber an, weil sie auf Fidel Castros Unterdrückungsinsel Kuba fliegen. Die Liste könnte beliebig fortgesetzt werden. Die angeblich so moralischen Nichtregie-

rungsorganisationen, die NGOs, haben für mich jede Glaubwürdigkeit eingebüßt, weil sie sich nicht um die Unterdrückten und Verfolgten kümmern, sondern um die angeblich die Menschheit vernichtende kapitalistische Welt.

Nichts eignet sich so hervorragend wie die drohende Weltklimakatastrophe, um die kapitalistische Welt an den Pranger zu stellen und neue gigantische Umverteilungsprogramme zu fordern. Schließlich geht es hier um nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Welt. Damit ist natürlich jeder Eingriff in die souveränen Rechte eines Staates zu rechtfertigen, aber auch jeder Eingriff in den Lebenswandel des Einzelnen.

Es ist unmöglich, hier eine abschließende wissenschaftliche Betrachtung zu postulieren, die den Anteil und die Wirkung von menschengemachten Treibhausgasen auf das Weltklima untersucht. Was aber ohne Einschränkung richtig ist: Seit der Konferenz in Rio de Janeiro 1992 zieht ein wachsender Tross von Klimawissenschaftlern, Klimapolitikern, Klimarettern, Klimagegnern und vor allem auch Klimajournalisten um den Globus, um das Klima zu retten. Bei der Konferenz 2010 in Cancún waren es schon 15 000 Teilnehmer. 2012 in Doha fast 20 000. Das wichtigste Ergebnis von Doha: Die nächste Konferenz wird in Warschau in Polen stattfinden. Sie zieht also um, von dem Staat Qatar, der den höchsten Pro-Kopf-Ausstoß von CO<sub>2</sub> in der Welt hat, in den Staat, der innerhalb der Europäischen Union dafür sorgt, dass seine Kohlekraftwerke uneingeschränkt weiter betrieben werden können.

Fest steht auch, dass all diese Konferenzen kein Gramm CO<sub>2</sub> eingespart haben. Im Gegenteil: Jahr für Jahr wächst der Ausstoß von Treibhausgasen. Die Konferenz konnte sich noch nicht einmal darauf einigen, ob und um wie viel Grad sich das Weltklima erhöht hat. Einig sind sich die vielen Tausend Teilnehmer aber, dass das Weltklima um nicht mehr als 2 Grad ansteigen soll. Wie dies berechnet werden soll, wer es macht, ist unbe-

kannt. Fakt ist auch, dass es bei der Rettung der Welt um ein Billionengeschäft geht. Noch unklar ist, wer die Zeche zahlt und wer die Gelder bekommt.

Ottmar Edenhofer, Chefökonom des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung, leitender Wissenschaftler des Weltklimarats der UN, des IPCC und Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, schrieb in der *Neuen Zürcher Zeitung* vor der Konferenz in Cancún: »Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um ... das hat mit Umweltpolitik nichts mehr zu tun.« Und weiter: »Zunächst mal haben wir Industrieländer die Atmosphäre der Weltgemeinschaft quasi enteignet.« Edenhofer hat ausgerechnet, wie wir Europäer leben müssten, wenn der Reichtum der Welt gleichmäßig verteilt werden würde. Gerecht wäre für uns der Lebensstandard von Moldawien – er entspricht genau dem Weltdurchschnitt.

Edenhofer steht mit dieser Aufforderung, die Luft zum Atmen neu zu verteilen, ja nicht allein. Bisher wurde in Deutschland vor lauter grüner Begeisterung nur nicht hingehört, wenn es um die Rettung des Weltklimas ging. Der Kanadier Maurice Strong, Vorgänger von Klaus Töpfer als UNEP-Direktor (UN-Umweltbehörde) und Vorsitzender der Rio-Konferenz, schrieb schon 1993 in der Zeitschrift *Access to Energy*: »Die einzige Hoffnung für den Planeten besteht darin, dass die industrialisierte Welt zusammenbricht.« 1997 sagte er über sich: »Meine Ideologie ist der Sozialismus, meine Methoden sind kapitalistisch.«

Professor Stephen Schneider aus Kalifornien, einer der führenden Wissenschaftler des Weltklimarats IPCC, weiß auch, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Er forderte schon 1989 im *Discover Magazine* regelrecht zur Verfälschung der Wissenschaft auf: »Deshalb müssen wir Schrecken einjagende Szenarien ankündigen, vereinfachende, dramatische Statements machen und wenig Erwähnung irgendwelcher Zweifel, die wir haben mögen. Jeder von uns Forschern muss entscheiden, wie weit er eher ehrlich oder eher effektiv sein will.«



Der Leiter des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung Professor Joachim Schellnhuber fordert, ganz praktischer, bürokratisch veranlagter Deutscher, eine UN-Superbehörde, denn der Klimawandel sei »eine solch weltweite Bedrohung, die nicht einzelnen Staaten, gewählten Regierungen oder gar dem Volk überlassen werden kann«.

Dankbar nehmen Politiker aller Parteien die Steilvorlagen an, um Steuern zu erhöhen, Subventionen zu verteilen, ihre Macht abzusichern. Die einmalige Chance, auch noch dafür belohnt zu werden, wenn sie die Luft zum Atmen besteuern, lassen sie sich nicht entgehen, von ganz links bis ganz rechts.

In Deutschland ist das sichtbare Ergebnis dieser Politik die Auswirkung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Wer keine Grundstücke und kein Kapital hat, um Windmühlen und Solaranlagen zu bauen, zahlt über seinen Strompreis direkt an die Besitzenden Renditen von bis zu 8 Prozent. Eine unverschämte Umverteilung von unten nach oben, auf die ich in Kapitel 6 näher eingehe.

Zusammengefasst basieren meine Befürchtungen, dass die Freiheit trotz der Demokratisierung vieler Staaten wieder bedroht ist, auf vier gefährlichen Tendenzen:

- In den USA kommt zunehmend Sicherheit vor Freiheit.
- China und andere Schwellenländer zeigen, dass wirtschaftliche Entwicklung ohne individuelle Freiheit möglich ist.
- Europa strebt mehr nach Gleichheit als nach Freiheit.
- Eine neue Klimareligion schafft die Freiheit zugunsten undurchschaubarer Weltbehörden ab.
- Meine Besorgnis, dass die Freiheit von innen heraus bedroht ist, resultiert nicht zuletzt daraus, dass sich keine deutsche Partei gegen diese Entwicklungen stemmt und bedingungslos für die Freiheit kämpft – und das macht mir Angst.

### 3. NEOLIBERALISMUS – DIE KRIMINALISIERUNG EINER GROSSARTIGEN IDEE

Am 15. September 2008 wurde der Kapitalismus von einem lebensgefährlichen Virus angegriffen. An diesem Tag musste die mächtige Bank Lehman Brothers in New York Insolvenz anmelden. An diesem Tag verbrannten weltweit über eine Billion Dollar, lösten sich ungeheure Geldbeträge in nichts auf. Die Schockwellen aus dem Zentrum des Weltkapitalismus fegten wie ein Tsunami durch Bankhäuser auf allen Kontinenten und lösten Panik aus. Und Deutschland befand sich mittendrin im Chaos. In letzter Sekunde, so berichten heute die Akteure dieser Tage, retteten die Deutschen die Münchner Hypo Real Estate Bank vor der Pleite und damit die Weltwirtschaft womöglich vor dem endgültigen Zusammenbruch der Finanzwirtschaft – und damit vielleicht den Kapitalismus vor einem tödlichen Angriff. So könnten sehr verkürzt die Chaostage im turbulenten Herbst 2008 zusammengefasst werden. Aber in dieser Zeit wurden auch Legenden geboren, und eine davon geistert wie das Mantra einer tibetischen Gebetsmühle durch die politische Landschaft: Hier würde die hässliche Fratze des Kapitalismus sichtbar und schuld daran sei der Neoliberalismus.

Seither verlangen mit wenigen Ausnahmen Politik und die medienbestimmenden, gesellschaftlichen Kräfte mehr Staatskontrolle, sind die Grenzen zwischen Marktwirtschaft und Raubtierkapitalismus verwischt. Der Markt habe versagt, und am besten wäre es, wenn die Finanzwirtschaft verstaatlicht würde. Wo die Verwirrung groß ist, lässt sich dann gut ein politisches Süppchen kochen, das schmackhaft serviert wird, aber von den Ideologie-Köchen bewusst vergiftet wurde.

In der allgemeinen Hysterie jener Tage sind die Zusammenhänge von Ursache und Wirkung der Finanzkrise untergegangen. Schlimmer noch: Die Fakten und Ursachen waren den

handelnden Entscheidungsträgern in den Banken selbst nicht bewusst. Noch bevor die Analysen halbwegs sicher erstellt werden konnten, griffen die Politiker mit ideologisch geschärften Äxten an, um sich einen parteipolitischen Vorteil zu verschaffen. Bis zum heutigen Tag wird damit die Legende in Deutschland gepflegt, durch mehr Staat könnte eine solche Krise verhindert werden und diese Finanzkatastrophe sei die Schuld der Neoliberalen.

Es gibt kaum ein schlimmeres Schimpfwort in der deutschen Politik als: Sie Neoliberaler! Und kein treffenderes Totschlagargument als: Das ist neoliberale Politik. Konsequenterweise sind alle Übel, von denen wir wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch heimgesucht werden, eine Folge der neoliberalen Politik von ... ja, von wem denn eigentlich? Da zählt dann der Bewahrer Helmut Kohl genauso dazu wie der Reformier Gerhard Schröder, der Klientelpolitiker Guido Westerwelle und alle, die die Worte Marktwirtschaft und Wettbewerb noch wagen auszusprechen.

Die Benutzer des Begriffs Neoliberalismus im politischen Machtkampf sind in zwei Kategorien einzugruppieren. Die einen wissen überhaupt nicht, was »Neoliberalismus« bedeutet. Sie lassen sich in ihrer Unwissenheit instrumentalisieren, übernehmen jede Parole aus dem linken Lager, weil das für sie modern und gerecht erscheint. Sie gehören also zu den schlichten Mitläufern.

Die anderen wissen genau, was Neoliberalismus historisch und wirtschaftlich bedeutet. Sie wissen genau, dass sie damit einen Kampflogan geprägt haben, der mit dem wahren Inhalt des Neoliberalismus überhaupt nichts zu tun hat. Sie zählen zu den Heuchlern, den Brunnenvergiftern. Deshalb eine kurze Erklärung, woher dieser Begriff kommt und was er eigentlich beinhaltet.

1938 trafen sich die führenden Ökonomen Europas zu einem internationalen Kolloquium in Paris. Mit dabei der Deutsche Alexander Rüstow, der vor den Nazis in die Türkei geflo-

hen war. Es wurde darüber diskutiert, welche Bedeutung der Liberalismus hat, um die Folgen der Weltwirtschaftskrise und des zunehmenden Totalitarismus zu bekämpfen oder gar den Vormarsch der Unfreiheit zu verhindern. An der Konferenz nahmen viele Repräsentanten des Liberalismus teil, auch die Österreicher Ludwig von Mises und Friedrich A. von Hayek, die später zu den geistigen Vätern der Chicagoer Schule wurden, die davon ausgeht, dass der Markt am besten für die gerechte Verteilung der Güter sorgt. Die Chicagoer Schule diente als wissenschaftliche Grundlage für die Reformen von Ronald Reagan und Margret Thatcher.

Rüstow sah im traditionellen »Laissez-faire-Liberalismus« keine Antworten für die Herausforderungen seiner Zeit. Der historische Wirtschaftsliberalismus verlangte ein uneingeschränktes Spiel der Marktkräfte ohne regulierendes Eingreifen des Staates. Alexander Rüstow und mit ihm Wilhelm Röpke dagegen sahen Eingriffe in die Wirtschaft gerechtfertigt, um die Bildung von Kartellen und Monopolen zu verhindern und um Konjunkturschwankungen auszugleichen. Das Prinzip der Marktwirtschaft aber wollte Röpke nicht antasten, da es für ihn ein Mittel zur Verwirklichung der christlich-humanistischen Ethik war. Alexander Rüstow formulierte schon 1932, wie sich die Reformer das Verhältnis zwischen Marktwirtschaft und Staat vorstellten: »Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist, und den ich mit meinen Freunden vertrete, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessen, da, wo er hingehört.« In diesem Sinne benutzte Rüstow in Paris zum ersten Mal das Wort Neoliberalismus. Damit verlangte er also eine deutliche Abgrenzung vom ungezügelden Markt und forderte Regeln für die Wirtschaft, die Monopolbildungen verhindern und eine Chancengleichheit für den Marktzugang aller Bürger herstellen sollen. Der Staat hat eine Kontrollfunktion, muss sich aber aus der Wirtschaft als Teilnehmer heraushalten.

Der Begriff Neoliberalismus war geboren, glücklich aber waren die Ökonomen der Konferenz mit dieser Bezeichnung nicht. Vor allem die deutschen Wissenschaftler, die die Freiburger Schule gegründet hatten, bezeichneten sich lieber als »Ordoliberal«, was für sie die gedanklichen Zusammenhänge treffender beschrieb. Anfang der Dreißigerjahre hatten sich Wirtschaftswissenschaftler und Juristen um Walter Eucken in Freiburg zusammengefunden, die unter anderem eine Schrift zur Ordnung der Wirtschaft herausgaben. Hier wurden die wissenschaftlichen Grundlagen erarbeitet, wie eine Marktwirtschaft den größtmöglichen Nutzen und Freiheitsspielraum schafft und dabei gleichzeitig dem Allgemeinwohl dient. Diese Wissenschaftler der Freiburger Schule waren auch die Vordenker der »sozialen Marktwirtschaft«, wie sie von Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard politisch ausformuliert und umgesetzt wurde. Ein Glücksfall für Deutschland, wie ihn dieser Staat in der Mitte Europas nur selten erleben durfte.

Von Anfang an sahen die Freiburger die deutsche Wirtschaftsgesetzgebung der Nachkriegszeit kritisch, da sie Kartelle und Monopole begünstigt. Diese können dann leicht von Regierungen, ob sie demokratisch gewählt sind oder nicht, ausgenutzt werden, um Kontrolle über das Volk auszuüben. Die Gedanken und Forschungen der Freiburger Schule um Eucken, Röpke und Rüstow waren die geistigen Grundlagen, auf denen Ludwig Erhard seine Denkschrift 1943/44 verfasste, in der er den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands beschrieb. Obwohl das bei den Nazis als Hochverrat galt, trug er seine Schrift ständig mit sich herum.

Noch einige Grundsätze von Alexander Rüstow, dem Schöpfer des Begriffs Neoliberalismus, die deutlich machen, wie unwissend oder übelwollend die Akteure sind, die diese Bezeichnung als politischen Kampfbegriff missbrauchen. So sagte Rüstow: »Brauchst du eine hilfreiche Hand, so suche sie zunächst am Ende deines Armes«, aber er sagte auch, dass der

Staat absolute Chancengleichheit schaffen müsse, wozu eben hohe Erbschaftssteuern gehören. (Adam Smith, der Stammvater aller liberalen Gesellschaftsvorstellungen, forderte sogar eine hundertprozentige Erbschaftsteuer, um für jede Generation wieder einen neuen Anreiz und Chancengleichheit herzustellen.) Über die desolate Finanzsituation im Deutschen Reich, die den Nazis den Wahlsieg mit ermöglichte, schrieb Rüstow 1932: »Wenn Kapitalverluste drohen oder eintreten, springt man mit Staatsgarantien ein und füllt aus öffentlichen Mitteln auf ... Der Appetit kommt beim Essen, und so ergibt sich jene Schraube mit dem schlimmen Ende, an dem wir jetzt angelangt sind.« Das formulierte er ein Jahr bevor die Nationalsozialisten die Macht in der bankrotten Weimarer Republik übernahmen.

Und heute? Wieder führt uns die Politik in einen Schuldenstaat, wieder wird die Währung ausgehöhlt, und wieder wird der Staat als Retter angesehen, statt sich auf die Kraft der Freiheit zu verlassen. Es kann einem angst und bange werden.

Unter den vielen, die das Wort Neoliberalismus als politisches Totschlagargument benutzen, sind einige, die damit die Beschädigung ihrer Glaubwürdigkeit in Kauf nehmen in der Hoffnung, dass es keiner besser weiß. Ex-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers gehört dazu. Den Leipziger Parteitag 2003, an dem Friedrich Merz in der Union noch etwas zu sagen hatte und die soziale Marktwirtschaft gestärkt werden sollte, bezeichnet Rüttgers als »neoliberale Entgleisung«. Diese Anbiederung an einen angeblichen »Zeitgeist« hat ihn nicht vor der Abwahl gerettet. Einen ähnlichen Imagevorsprung versprach sich der damalige Finanzminister Peer Steinbrück in einer Diskussion vor rund 800 Zuhörern in Passau 2009. Die Finanzkatastrophe in New York wäre das Ergebnis des Neoliberalismus, wollte er mir weismachen. Als ich ihn darauf aufmerksam machte, dass dies ein Begriff sei, der gerade das Gegenteil beinhalte, dass der Neoliberalismus nämlich Grenzen und klare

Regeln verlange, wiegelte er gönnerhaft ab. Jetzt würde ich aber weit zurückgreifen, bis zur Freiburger Schule. Das wisse doch heute niemand mehr. Auf die Rolle seines Ministeriums bei der Finanzkrise und die Orientierungslosigkeit, mit der dort jahrelang agiert worden ist, komme ich in diesem Kapitel noch zu sprechen.

Unfassbar aber sind die verbalen Ausfälle von Heiner Geißler, ehemaliger Minister und Generalsekretär der CDU unter Helmut Kohl. Was er in Talkshows und Vorträgen an Hasstiraden über das Unheil des Neoliberalismus ablässt, ist nicht mehr mit Nachsicht auf sein vorgerücktes Alter zu entschuldigen. Wenn einer weiß, was Neoliberalismus bedeutet, wenn einer die soziale Marktwirtschaft, so wie Ludwig Erhard sie politisch durchgesetzt hat, kennt, wenn einer weiß, welche politischen und gesellschaftlichen Kräfte Erhard gebremst und zum Beispiel die Verschärfung des Kartellgesetzes verhindert haben, dann ist dies Heiner Geißler. Warum hetzt er dann so, warum macht er diese zersetzende Polemik mit? Will er damit alte Rechnungen mit seiner Partei begleichen, deren Mitgliedschaft er immer noch betont? Geißler prahlt damit, dass er Mitglied bei Attac geworden ist. Und Attac prahlt damit, dass selbst der ehemalige CDU-Generalsekretär bei ihnen mitmacht. Er hilft einer Truppe, die mit Freiheit nichts anzufangen weiß, die ihre Vorstellungen zur alleinigen Religion macht.

Heiner Geißler ist politischer Profi und hat deshalb verinnerlicht, was Friedrich A. von Hayek über den Entscheidungsmechanismus in der Demokratie sagt: Die politischen Entscheidungen würden nur entfernt über Wahlen getroffen. Die dominierenden intellektuellen Strömungen würden bestimmen, wie sich die Politiker verhalten. Diese Strömungen könnten durch Journalisten und Lehrer aufgebaut werden. Politiker seien deshalb zwangsweise unoriginell und schrieben Programme nach den Anschauungen der großen Menge. »Der erfolgreiche Politiker verdankt seine Macht dem Umstand, dass er sich

innerhalb der herrschenden Ideen bewegt und in konventioneller Weise denkt und spricht.« In diesem Punkt war sich von Hayek mit seinem wirtschaftspolitischen Gegner John Maynard Keynes einig, der davon überzeugt war, dass die Ideen der Nationalökonomien und Philosophen stärker wirken, als allgemein angenommen wird, und zwar sowohl wenn sie recht haben als auch wenn sie irren.

Es geht den Verleumdern der Neoliberalen nicht um die Realität und um einen Disput darüber, welches der erfolgreiche Weg ist, Unheil und wirtschaftliche Katastrophen abzuwenden. Es geht ihnen um die Deutungshoheit, um die Eroberung des Meinungsmonopols bei Intellektuellen, Journalisten und Lehrern. Da sind sie auch schon weit vorangekommen, nicht zuletzt durch hemmungslose Zyniker wie Heiner Geißler.

In einem Crashkurs für eine Sommerakademie von Attac sind die wüsten Verdrehungen über den Neoliberalismus nachzulesen. Da wird für sämtliche Plagen der Welt der Neoliberalismus verantwortlich gemacht: Steuerbegünstigungen für Reiche. Sozialabbau und Privatisierung bewirken das Anwachsen von Ungleichheit und Auflösung des sozialen Zusammenhaltes. Die Macht der Reichen und Konzerne ist so groß geworden, dass sie erfolgreich die Demokratie instrumentalisiert haben. Sie nutzen internationale Organisationen und supranationale Strukturen, um unpopuläre Reformen an den Parlamenten und der Bevölkerung vorbei durchzusetzen. Die unheilige Triade ist die Weltbank, der Währungsfonds und die Welthandelsorganisation. In dem Papier wird ein Gegensatz konstruiert zwischen dem ausbeuterischen Neoliberalismus und der rosaroten Zukunft nach Attac-Vorstellungen: Menschenrechte, Verteilungsgerechtigkeit und Umweltschutz sollen Vorrang erhalten vor Wirtschaftsfreiheit, privatem Eigentum und der Selbstbestimmung des Individuums. Die Attac-Ziele werden erreicht durch: »Zentrale Planwirtschaft«, Geschenkwirtschaft, Subsistenzwirtschaft oder allgemein »solidarisches Wirtschaften«, zum Teil



ohne Geld und ohne Staat. Also eine Art Tauschwirtschaft autonomer Kibbuz-Vereinigungen.

Der Verfasser des Papiers Christian Felber weiß natürlich, dass die Herrschenden keine Macht abgeben und die Parteien ihr Programm nicht umschreiben werden. Deshalb müsse die repräsentative Demokratie korrigiert werden durch Elemente partizipativer und direkter Demokratie und der Bildung von Global-Governance-Strukturen, was Felber mit »globalen Regelungen ohne Weltregierung« übersetzt. Was sich wie mehr Bürgerbeteiligung anhört, ist in Wirklichkeit die Rückkehr zum Mittelalter der Zunftordnung.

Ralf Ptak, Hochschuldozent an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, geht in seiner Verteufelung des Neoliberalismus noch eine Umdrehung weiter: »Im Kern ist der Neoliberalismus eine modernisierte und radikalisierte Variante des klassischen Wirtschaftsliberalismus.« Die Marktgemeinschaft ist für ihn der zivilisatorische Endpunkt menschlicher Geschichte und zielt fundamental auf die Entthronung der Politik.

Der politische Arm von Attac ist die Partei Bündnis 90/Die Grünen. Vor allem in der Umwelt- und Energiepolitik haben diese Gruppen ein Spielfeld gefunden, in dem sie ihre »Attacken« ausleben können. Die Verknüpfungen sind vielfältig, durch gemeinsame Wahlkämpfe, gemeinsame Kundgebungen und durch Personen, die mal für die Partei, mal für Attac auftreten. Ihr Ziel, nämlich die Korrektur und weitgehende Beseitigung der bestehenden, repräsentativen, freiheitlichen Demokratie ist mit leichten Varianten identisch.

Das passt zusammen mit dem Entwurf der Resolution für das dann Gott sei Dank nicht zustande gekommene Klimaabkommen von Kopenhagen, in dem eine UN-Behörde gefordert wurde, die das Recht hätte, die Staaten zu kontrollieren und ihre Wirtschafts-, Umwelt-, Finanz- und Energiepolitik zu genehmigen. Das ist genau das, was Attac auch will. Die trauri-



Günter Ederer

## **Träum weiter, Deutschland!**

Politisch korrekt gegen die Wand

Taschenbuch, Broschur, 416 Seiten, 11,8 x 18,7 cm

ISBN: 978-3-453-60255-7

Heyne

Erscheinungstermin: Juni 2013

Wie Deutschland nicht zum Albtraum wird

Fährt Deutschland mit Vollgas gegen die Wand? Fest steht: Mit Wunschträumen, Ideologien und Staatsgläubigkeit lassen sich keine Probleme lösen. Höchste Zeit, aufzuwachen und sich endlich ernsthaft mit Staatsverschuldung, Bevölkerungsrückgang, unbezahlbaren Sozialsystemen, Klimawandel und Bildungsmisere zu befassen. Günter Ederer spricht unangenehme Wahrheiten aus und zeigt, wie Deutschland die Probleme endlich in den Griff bekommt.